



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	27.11.2008	
Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün	29.01.2009	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Rechenschaftsbericht des Ordnungsdienstes der Stadt Köln für das Jahr 2007

Herr Helling hat in der Sitzung am 11.09.2008t, eine Interpretation der Zahlen zum Problembereich Prostitution aus der Sicht der Sozial- und Gesundheitsverwaltung vorzulegen.

Stellungnahme der Gesundheitsverwaltung

Sexuell übertragbare Infektionen (STD) können erhebliche gesundheitliche Schäden verursachen und erhöhen zusätzlich das Risiko für eine Ansteckung mit dem HI-Virus. Nach § 19 Infektionsschutzgesetz ist es Aufgabe der unteren Gesundheitsbehörde, zu gewährleisten, dass jede Person bezüglich (STD) Zugang zu Beratung, Untersuchung und Behandlung hat und diese ggf. auch aufsuchend (Streetwork) angeboten wird.

Sexarbeiterinnen, ihre Kunden und ihr Umfeld sind deswegen wichtige Zielgruppen für die Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich Aids.

Die Streetworkerinnen führen in den verschiedenen Szenen weiblicher Prostitution in Köln regelmäßig aufsuchende Präventionsarbeit durch. Sie recherchieren dazu regelmäßig im Internet und in einschlägigen Medien und arbeiten eng mit dem von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung initiierten Internet-Präventionsangebot für männliche Prostitutionskunden www.sexsicher.de zusammen. Auf dem Straßenstrichgelände Geestemünder Straße sind die Streetworkerinnen an zwei Tagen in der Woche präsent.

Die Beratungsstelle hat damit einen guten Zugang zu der Szene und einen Überblick über jeweils aktuelle Entwicklungen. In den letzten Jahren werden zahlreiche Frauen aus den neuen EU-Mitgliedsländern (Ungarn, Polen, zuletzt vor allem auch: Bulgarien, Rumänien)

und hier noch einmal vermehrt Frauen aus besonders benachteiligten ethnischen Minoritäten angetroffen. Selbst wenn sie im Einzelfall in ihren Herkunftsländern über eine Krankenversicherung verfügen, bietet diese meist nur ein eingeschränktes Leistungsspektrum. Oft haben sie weder in ihren Herkunftsländern noch in Deutschland Zugang zu ärztlicher Versorgung bei sexuell übertragbaren Erkrankungen. Infektionen werden deswegen weder rechtzeitig festgestellt noch angemessen behandelt.

In der Beratungsstelle zu STD einschließlich Aids können aktuell an drei Tagen pro Woche ohne vorherige Terminvereinbarung anonym und kostenfrei fachärztliche Untersuchungen auf sexuell übertragbare Erkrankungen erfolgen und Behandlungen eingeleitet werden. Muttersprachliche Beratungen sind aktuell in englisch, polnisch und spanisch möglich.

Das breite medizinische und nicht auf Prostitution festgelegte Angebot des Gesundheitsamtes erleichtert auch Frauen den Zugang, die (noch) nicht oder nur gelegentlich in der Prostitution arbeiten bzw. eine sehr hohe Scham- und Angstschwelle haben. So suchen insbesondere Frauen mit multiplen gesundheitlichen und sozialen Problemen die Beratungsstelle auf, darunter besonders viele Sexarbeiterinnen ohne Krankenversicherung und Migrantinnen. Pro Jahr werden 350 bis 400 Sexarbeiterinnen ärztlich betreut, dies sind etwa 25 Prozent der in Köln in der Prostitution tätigen Frauen. Der Anteil der Migrantinnen unter den Sexarbeiterinnen ist von 64% im Jahr 2002 auf aktuell über 74% gestiegen, mit einem ständig wachsenden Anteil der Frauen aus Mittel- und Osteuropa. Zusätzlich werden pro Jahr weitere 150 Frauen mit Migrationshintergrund in der Beratungsstelle frauenärztlich versorgt.

Das Angebot wird jedoch aus mehreren Gründen dem Bedarf nicht gerecht:

- Wegen längerer Stellenvakanzen vor allem im ärztlichen Bereich müssen ständig die Sprechstundenzeiten eingeschränkt und Frauen abgewiesen werden.
- Die sprachliche Verständigung mit Frauen aus den neuen EU-Beitrittsländern ist nur sehr eingeschränkt möglich. Sowohl für die Präventionsarbeit vor Ort als auch für ärztliche Beratungen sind dringend speziell fachlich geschulte und dauerhaft eingebundene Sprachmittlerinnen erforderlich, wie sie in anderen Großstädten (Berlin, Hamburg) Standard sind. Weder Einzeleinsätze von Dolmetscherinnen noch die Kooperation mit Institutionen mit einem anderen Auftrag können diese ersetzen.
- Die Zahl der innerhalb der EU dauerhaft mobilen Menschen ist in den letzten Jahren massiv angestiegen und wird weiter steigen. Vorwiegend handelt es sich dabei um junge sexuell aktive Menschen.

Um den gesetzlichen Auftrag von § 19 Infektionsschutzgesetz (Sicherstellung von Beratung, Untersuchung und Behandlung bei sexuell übertragbaren Erkrankungen) zu erfüllen, ist es deswegen dringend erforderlich, dass das Angebot im Gesundheitsamt bedarfsentsprechend erhalten und ggf. ausgebaut wird.